

A23NEU Leben im Alter - Modifizierte Übernahme Regionsvorstand

Gremium: Regionsverband Hannover

Beschlussdatum: 19.05.2021

Text

1 Altern in Würde

2 Menschen haben ein Recht auf Teilhabe und Zugang zum gesellschaftlichen Leben.
3 Besonders bei Rentner*innen und Arbeitslosen ist das Armutsrisiko hoch und so
4 die Möglichkeit, am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können, eingeschränkt.
5 Die Gefahr, sich bei Verlust des Arbeitsplatzes zu überschulden, ist ungleich
6 höher als für die Menschen, die fest im Berufsleben stehen. Wir stellen uns
7 gegen die zunehmende Spaltung der Gesellschaft und die soziale Ausgrenzung durch
8 Armut und setzen uns auf allen politischen Ebenen dafür ein, dass Menschen von
9 ihrer Arbeit und von ihrer Rente leben können.

10 Menschen, die das Rentenalter erreicht haben und aus verschiedensten Gründen
11 keine auskömmliche Alterssicherung bekommen, haben zur Sicherung des
12 Existenzminimums Anspruch auf Grundsicherung im Alter. Der Anteil der
13 bedürftigen Älteren, die Leistungen zur Existenzsicherung nicht in Anspruch
14 nehmen, ist steigend. Das bedeutet, dass in der Region Hannover mehrere Tausend
15 Rentner*innen leben, deren Einkommen noch nicht einmal das Existenzminimum
16 erreicht. Wir wollen mit den Vertretungen der Älteren wie z.B. die
17 Senior*innenbeiräte, die Beratung ausbauen und die Menschen zur Inanspruchnahme
18 dieser Leistung motivieren.

19 Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- 20 • die Bildung von Senior*innenbeiräten unterstützen.
- 21 • die Beratung zur Grundsicherung älterer Menschen ausbauen.
- 22 • Konzepte entwickeln für generationenübergreifende Wohnformen.
- 23 • zur Umsetzung von Maßnahmen zur gesellschaftlichen und kulturellen
24 Teilhabe soll eine zentrale Erhebung durchgeführt werden, um Bedarfe zu
25 identifizieren. So können beispielsweise Fahr- und Begleitdienste
26 passgenau ausgerichtet werden.
- 27 • entsprechend der Ergebnisse der Erhebung werden die Kommunen beraten.
- 28 • neue Konzepte für das Betreiben von Altersheimen und für die Bezahlung von
29 Pflegekräften entwickeln.
- 30 • kultursensible Beratung und Pflege in Krankenhäusern fördern.